

Russlands Annäherung an Israel im Zeichen des Syrien-Konflikts: gesellschaftliche und ökonomische Verbindungen treten hinter politische Interessen zurück

Averbukh, Lidia; Klein, Margarete

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Averbukh, L., & Klein, M. (2018). *Russlands Annäherung an Israel im Zeichen des Syrien-Konflikts: gesellschaftliche und ökonomische Verbindungen treten hinter politische Interessen zurück*. (SWP-Aktuell, 45/2018). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59035-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

SWP-Aktuell

NR. 45 AUGUST 2018

Russlands Annäherung an Israel im Zeichen des Syrien-Konflikts

Gesellschaftliche und ökonomische Verbindungen treten hinter politische Interessen zurück

Lidia Averbukh / Margarete Klein

In den letzten Monaten lässt sich eine Annäherung zwischen Russland und Israel beobachten. Ein Beleg für die Intensivierung des Verhältnisses ist die dichte Frequenz hochrangiger Treffen. Den zeremoniellen Höhepunkt bildete die Teilnahme Premierminister Netanjahus – als einziger westlicher Staatsgast – an der Militärparade auf dem Roten Platz am 9. Mai. Ein wichtiger Treiber dieser Annäherung ist neben den gesellschaftlichen Verbindungen und der ökonomischen Kooperation die Aussicht auf eine Neujustierung der russischen Syrien-Politik, in der israelische Sicherheitsinteressen stärker berücksichtigt werden. Die Zukunft des Verhältnisses wird davon abhängen, ob Russland zur Zurückdrängung iranischer Kräfte aus den syrischen Gebieten an der Grenze zu Israel beitragen kann bzw. will. Trotzdem bleiben die russisch-israelischen Beziehungen begrenzt und volatil. Für Moskau stellen sie primär ein Element seiner multivektoralen Politik im Nahen Osten dar.

Als Russland im Dezember 1991 zu einem eigenständigen Staat wurde, erbt es von der UdSSR stark belastete Beziehungen zu Israel. Obwohl die Sowjetunion Israel 1948 als eines der ersten Länder anerkannt hatte, war das Verhältnis im Zuge des Ost-West-Konflikts schnell abgekühlt. Während sich Israel nach seiner Staatsgründung eng an die USA anlehnte, baute Moskau seine Beziehungen zu den arabischen Nachbarstaaten aus. Nach dem Sechstagekrieg 1967 brach die sowjetische Führung die diplomatischen Beziehungen mit Israel ganz ab; erst im Oktober 1991 wurden sie wiederaufgenommen und dann vom neuen Russland

fortgeführt. Seitdem haben Israel und Russland ihr Verhältnis auf der gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Ebene sukzessive ausgebaut. Mit dem militärischen Eingreifen Russlands im Syrien-Konflikt im September 2015 traten die russisch-israelischen Beziehungen indes in eine neue Phase: Sie werden seither von Fragen der Sicherheit und Ordnung im Nahen Osten dominiert. Die lange Zeit konstitutiven Pfeiler des Verhältnisses – die gesellschaftlichen Bindungen und gemeinsamen ökonomischen Interessen – erweisen sich in dieser Situation als nachrangig und im Falle einer Krise der politischen Beziehungen als instabil.



Primat der Realpolitik

Russland und Israel teilen wichtige Elemente ihrer strategischen Kultur. Beide verfolgen eine dezidiert interessenbasierte Realpolitik. Im Unterschied zu einem wertebasierten Ansatz fällt es Russland und Israel damit leichter, im Falle gemeinsamer Interessen pragmatisch eine selektive Kooperation einzugehen, selbst wenn normative Differenzen bestehen. Beide Staaten unterliegen der Eigenwahrnehmung einer »belagerten Festung«. Beide orientieren sich am Primat der Sicherheitspolitik und offenbaren ein Machtverständnis, das hauptsächlich militärisch bestimmt ist. Diese gemeinsamen Grundannahmen schaffen auf beiden Seiten Akzeptanz für die Kerninteressen der jeweils anderen. Stehen diese nicht im Widerspruch zum eigenen Sicherheitsbedürfnis, halten sich Russland und Israel mit Kritik am Vorgehen des Anderen weitgehend zurück bzw. lassen der Kritik keine konkreten Sanktionierungsschritte folgen.

Dementsprechend hat auch die gemeinsame Bedrohungsperzeption des islamistischen Terrorismus zu Beginn des Jahrtausends eine russisch-israelische Annäherung befördert. Vor dem Hintergrund der zweiten Intifada (2000 – 2005) hielt sich der damalige israelische Premierminister Ariel Sharon mit Kritik an Menschenrechtsverletzungen russischer Streitkräfte im zweiten Tschetschenienkrieg (1999 – 2009) nicht nur zurück; vielmehr folgte er der russischen Definition des tschetschenischen Separatismus als Terrorismus [und zog Parallelen](#) zum Vorgehen der palästinensischen Aufständischen gegenüber Israel. Die volatile Sicherheitslage Israels erklärt auch, warum die Regierung unter Benjamin Netanjahu keine wertebasierte Kritik an der Art des russischen Militäreinsatzes in Syrien äußert. Netanjahu hat stattdessen wiederholt auf den Nutzen des russischen Kampfes gegen den islamistischen Terrorismus in Syrien verwiesen. In Anbetracht der massiven Verurteilung des russischen Vorgehens in Tschetschenien und Syrien durch die USA und die EU ist die Haltung Israels ein politischer Gewinn für Moskau. Sie hilft der russischen Führung,

ihr Narrativ, [Vorkämpferin gegen den internationalen Terrorismus](#) zu sein, zu untermauern. Zugleich lässt sich das realpolitische Einvernehmen mit Israel – als einem westlichen Staat – nach innen nutzen, um den Eindruck einer Isolation Russlands durch die gesamte westliche Staatengemeinschaft zu entkräften. Letzteres war für Moskau besonders während der Krise um die Ukraine bedeutsam. Schließlich [beteiligt sich Israel nicht](#) an den westlichen Sanktionen gegen Russland, die die EU und die USA wegen der Krim-Annexion und der Destabilisierung des Donbas verhängt haben.

Weil es die Chancen auf ein Einvernehmen mit Russland in vitalen Sicherheitsfragen nicht verspielen will, ist Israels Führung somit bereit, Kerninteressen Russlands in dessen Nachbarschaft implizit anzuerkennen. Aber auch in Moskau lässt sich seit der Jahrtausendwende die Tendenz beobachten, israelische Standpunkte in stärkerem, wenngleich nicht völlig paritätischem Maße zu berücksichtigen. Zwar übt Russland weiterhin Kritik an Israels Vorgehen im Gazastreifen und der Westbank, doch fällt diese seither weniger scharf aus. Vor allem positioniert sich Moskau bei diesen Gelegenheiten nicht mehr eindeutig auf Seiten der palästinensischen Führung. Auch wenn vereinzelte Stimmen in Russland fordern, an die traditionelle Partnerschaft mit den arabischen Kräften wiederanzuknüpfen, will insbesondere Präsident Putin die freundschaftlichen Beziehungen zur stärksten Militärmacht der Region nicht durch eine einseitige Parteinahme im Nahostkonflikt gefährden. Dies gilt umso mehr seit der russischen Intervention im Syrien-Konflikt im September 2015. Vielmehr strebt die russische Führung danach, die historisch gewachsenen Verbindungen zur palästinensischen Seite und die verbesserten Beziehungen zu Israel zu nutzen, um sich als Mediator zwischen beiden Konfliktparteien zu positionieren, ein Kurs, der sich mit dem pragmatischen, ideologiefreien Realpolitik-Ansatz deckt, den Moskau im Nahen Osten allgemein verfolgt.

Gesellschaftliche Verbindungen

Als Putin im Jahr 2005 als erster russischer Präsident Israel besuchte, betonte er die historisch-kulturelle Verbundenheit beider Völker. Tatsächlich sind es zu einem großen Teil gesellschaftliche Faktoren gewesen, denen die Annäherung zwischen Russland und Israel seit der Wiederaufnahme der Beziehungen zu verdanken gewesen ist.

Seit seinem Amtsantritt präsentiert sich Putin als Beschützer der jüdischen Minderheit in Russland und in Europa allgemein. Dabei knüpft er insbesondere an den Kampf der Sowjetunion gegen den sogenannten Faschismus an, wie seine Besuche mehrerer Holocaust-Gedenkstätten sowie Treffen mit russisch-jüdischen Veteranen des Zweiten Weltkriegs zeigen. 2012 eröffnete das größte jüdische Museum der Welt in Moskau. Im Zuge der Migrationskrise und mit Blick auf den wachsenden Antisemitismus in Westeuropa rief Putin die dort lebenden Juden auf, nach Russland auszuwandern. Die russisch-israelische Erklärung von 2016 zum 25. Jahrestag der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen würdigt zudem die Bedeutung, die die jüdische Minderheit in der russischen Geschichte und Kultur gehabt hat.

Jenseits der politischen Führung lässt sich auch in der russischen Gesellschaft eine Zunahme positiver Einstellungen gegenüber Israel beobachten. Trotz eines ausgeprägten Alltagsantisemitismus in Russland erklärten 2017 57 Prozent der Befragten in einer [Levada-Umfrage](#), eine sehr gute bzw. gute Meinung von Israel zu haben; im Hinblick auf die EU und die USA sagten dies nur 39 bzw. 37 Prozent. Während in europäischen Gesellschaften Antisemitismus und anti-israelische Haltung oft eng miteinander verknüpft sind, geht der Antisemitismus in Russland nicht mit einer scharfen Kritik an Israel oder gar mit Boykottaufrufen einher. Dies erklärt sich zum einen mit dem Bild Israels als militärisch und wirtschaftlich hochentwickeltem Land, das von den staatlichen Medien und der politischen Führung verbreitet wird. Zum anderen spielen dabei die wachsenden privaten Kontakte und der

damit einhergehende informelle Austausch zwischen beiden Gesellschaften eine Rolle. Israel ist zu einem beliebten Zielland für russische Urlauber und Medizintouristen avanciert. Die gegenseitige Visumfreiheit, die weite Verbreitung der russischen Sprache und der Rückgang der Buchungen von Reisen in die traditionellen Urlaubshochburgen Türkei und Ägypten sind Gründe dafür, dass 2017 331 500 russische Bürger Israel besuchten; dies bedeutet einen [Anstieg um 26 Prozent](#) im Vergleich zum Vorjahr. Mit der Rückgabe des russischen Viertels in Jerusalem und des dazugehörigen Sergej-Hofs an das Moskauer Patriarchat im Jahr 2008 wuchs auch der Strom der Pilger.

Die gesellschaftlichen und kulturellen Bindungen zwischen Russland und Israel sind darüber hinaus in starkem Maße auf die jüdische Auswanderung nach Israel zurückzuführen. Werden alle Migrationsströme aus dem Zarenreich, der UdSSR und ihren Nachfolgestaaten zusammengezählt, können 15 Prozent der gesamten israelischen und 25 Prozent der jüdischen Bevölkerung Israels ihre Herkunft dort verorten. Es verwundert daher nicht, dass Israel kulturell und auch politisch von dieser Einwanderung geprägt wurde. Die familiären Wurzeln aller bisherigen israelischen Premierminister liegen im Gebiet des ehemaligen Russischen Reiches.

Die Verfestigung der gesellschaftlichen Bindungen zwischen Russland und Israel in den letzten Jahrzehnten geht insbesondere auf die Einwanderung von circa einer Million Juden zurück, die in den 1990er Jahren aus der zerfallenden Sowjetunion nach Israel kamen und im israelischen Sprachgebrauch pauschal als »Russen« bezeichnet werden. Politisch und kulturell noch in der UdSSR oder dem neuen Russland sozialisiert, sind sie bis heute trotz ihrer beruflichen Qualifikation in weiten Teilen sozioökonomisch, aber auch geografisch von der übrigen israelischen Bevölkerung segregiert. Dies ist die Gruppe, die Putin meint, wenn er von [»unseren Landsleuten«](#) mit »unserer Mentalität« spricht. Davon zu unterscheiden ist ein Teil der Einwanderer der letzten Jahre, die nach der Krim-Annexion aus

politischen oder aus wirtschaftlichen Gründen nach Israel kamen. Für viele von ihnen, insbesondere gut ausgebildete junge Auswanderer, ist Israel lediglich ein Transitstaat auf dem Weg in den übrigen Westen. Andere streben mit Blick auf die westlichen Sanktionen und politische Unsicherheit eine doppelte Staatsbürgerschaft an. Die Vorteile, die ein israelischer Pass gegenüber einem russischen bietet, bestehen in der visumfreien Einreise [in 105 bzw. 79 Staaten](#) – sowie langjährigen Steuervergünstigungen nach der Einbürgerung. Israel profitiert von dieser Art Einwanderung ökonomisch, weshalb es, wie im Fall des Oligarchen Roman Abramowitsch, auf die sonst üblichen Wartezeiten und den verpflichtenden Aufenthalt in Israel verzichtet.

Angesichts der »Landsleute«-Politik, die die russische Führung mit Eifer verfolgt, haben israelische Medien wiederholt die Befürchtung geäußert, Moskau könne die russischsprachige Bevölkerung Israels instrumentalisieren, um eigenen politischen Interessen Nachdruck zu verleihen. Auch wenn Russland mit dieser Strategie in manchen postsowjetischen Staaten durchaus erfolgreich ist, sind die Aussichten dafür in Israel relativ gering. Die russischsprachigen Israelis stellen heute zwar 15 Prozent der israelischen Wähler und verfügen damit über ein Potential, mit dem sie die Vergabe von bis zu 18 der 120 Sitze in der Knesset maßgeblich beeinflussen können – eine Zahl, die im israelischen Parteiensystem, das auf Koalitionsbildung angelegt ist, entscheidend sein kann. Dazu kommt, dass diese Gruppe insbesondere die Klientelpartei der russischsprachigen Einwanderer, »Unser Haus Israel«, wählt. Doch die starke israelische Identität und die heterogene Zusammensetzung der Gruppe sprechen gegen eine politische Instrumentalisierbarkeit der russischsprachigen Israelis im Dienste Moskaus. Obwohl ihre Wurzeln in der früheren Sowjetunion bestimmend sind für den Platz, den sie innerhalb der israelischen Gesellschaft einnehmen, sehen sie sich in erster Linie als israelische Staatsbürger. Dies bezeugt zum Beispiel die geringe Wahlbeteiligung der 50 000 Israelis

mit russischem Pass an russischen Wahlen. [Nur 8 Prozent](#) von ihnen gaben am 18. März 2018 bei der russischen Präsidentschaftswahl ihre Stimme ab.

Auch ist die Einstellung der russischsprachigen Israelis gegenüber der russischen Führung sehr ambivalent. Dies ist zum einen auf die Erfahrungen der jüdischen Minderheit in der Sowjetunion zurückzuführen, die über mehrere Jahrzehnte sowohl an der Ausübung der eigenen Religion als auch an der Auswanderung gehindert worden war. Zum anderen stammt ein großer Teil dieser Personen nicht aus dem heutigen Russland, sondern aus den Gebieten der heutigen Ukraine und anderer Nachfolgestaaten der UdSSR. Russlands militärisches Vorgehen in Georgien 2008 und seit 2014 in der Ukraine hat die ideologischen Gegensätze innerhalb dieser Gruppe vergrößert. Viele Immigranten aus dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion informieren sich zwar über russischsprachige Medien; diese repräsentieren allerdings in Israel eine größere politische Vielfalt. Die bloße Nutzung russischsprachiger Medien ist damit nicht automatisch ein Indiz für eine Beeinflussbarkeit im Sinne des Kreml.

Die gewachsenen gesellschaftlichen Verbindungen helfen der russischen und israelischen Führung, ihren primär politisch motivierten Annäherungsprozess voranzubringen. Sie stellen jedoch keinen eigenständigen Treiber dar. Sie wirken etwas stärker auf israelischer Seite, ihr politischer Effekt wird aber durch die Ambivalenzen innerhalb der Gruppe der russischsprachigen Israelis limitiert. Auf russischer Seite wiederum spielen gesellschaftliche Faktoren bei der Formulierung des außenpolitischen Kurses allgemein kaum eine Rolle. Die Beschwörung historisch-kultureller Gemeinsamkeiten dient Russlands Führung eher zur Außendarstellung. Vor diesem Hintergrund haben die gesellschaftlichen Verbindungen zwischen Russland und Israel noch nicht die Kraft, eine mögliche Krise im politischen Bereich zu dämpfen.

Ökonomische Interessen

Mit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen haben Russland und Israel das Fundament für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit gelegt. Während es zunächst darum ging, den Handel überhaupt erst in Gang zu bringen, zum Beispiel durch die Abkommen zu Handel (1994) oder zur wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit (1994), haben die beiden Staaten ihre Kooperation in der letzten Dekade in spezifischen Sektoren vertieft – wie sich an den Abkommen zur Weltraumforschung (2011), zur Nuklearenergie (2013) sowie zur Nanotechnologie (2016) zeigt. Darüber hinaus finden seit 2016 Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der Eurasischen Wirtschaftsunion – dem von Russland angestoßenen ökonomischen Integrationsprojekt mit Kasachstan, Kirgistan, Armenien und Belarus – und Israel statt.

Der wirtschaftliche Austausch zwischen Russland und Israel ist seit der Wiederaufnahme der Beziehungen deutlich gewachsen. Das Handelsvolumen erreichte 2017 einen Wert von 2,5 Milliarden US-Dollar, wobei Israel den Handelspartner Iran (1,7 Mrd. US-Dollar) hinter sich ließ; der Anteil Israels am Außenhandel Russlands ist aber mit 0,4 Prozent nach wie vor [recht gering](#) und liegt deutlich hinter dem wichtigsten nahöstlichen Partner, der Türkei (20,9 Mrd. US-Dollar Handelsvolumen).

Während Russland zum Großteil Rohstoffe (40% Öl, 32% Edelmetalle) nach Israel exportiert, importiert es von dort primär landwirtschaftliche Produkte (36%), Maschinen (28%) und chemische Produkte (22%). Israel profitiert dabei indirekt von den russischen Gegensanktionen auf europäische Agrarprodukte.

Strategische Bedeutung können die russisch-israelischen Handelsbeziehungen perspektivisch lediglich in den Bereichen Energie und Hightech gewinnen. Seit der Entdeckung des Offshore-Gasfelds »Leviathan« 2010 vor der israelischen Küste, bemühen sich russische Firmen um eine Beteiligung an den Explorationsrechten. Russland

möchte sich damit nicht nur einen Anteil am israelischen Energiemarkt sichern, sondern auch Einfluss auf die energiepolitischen Diversifizierungsbemühungen der EU im östlichen Mittelmeerraum gewinnen.

Darüber hinaus ist Israel für Russland vor allem als potentieller Modernisierungspartner im Hightech-Bereich von Interesse. Seit 2012 bestehen Kooperationsvereinbarungen israelischer Firmen und Forschungseinrichtungen mit der staatlichen russischen Gesellschaft Rosnano und seit 2016 mit dem Innovationszentrum Skolkovo. Für Russland ist Israel mit seiner innovativen Start-up-Szene ein attraktiver potentieller Modernisierungspartner – gerade vor dem Hintergrund seiner wegen der Sanktionen begrenzten Möglichkeiten zum Austausch mit den übrigen westlichen Ländern. Dazu müssten allerdings die staatlich vorangetriebenen Kooperationsprojekte privatwirtschaftlich unterfüttert werden. Dass dies bislang kaum geschieht, zeigt sich unter anderem an den geringen [Direktinvestitionen](#) zwischen beiden Ländern: Diese lagen im Jahr 2017 bei lediglich 570 Millionen US-Dollar in Israel und 480 Millionen US-Dollar in Russland.

Zugleich sind Russland und Israel im globalen Rüstungsmarkt Konkurrenten. Moskau beliefert traditionell die arabischen Nachbarstaaten und den Iran. Israel wiederum hat in den letzten Jahren verstärkt Waffen und Ausrüstung an postsowjetische Länder verkauft, vor allem nach Aserbaidschan. Eine rüstungstechnologische Zusammenarbeit zwischen Russland und Israel gab es bisher nur in sehr begrenztem Umfang, zum Beispiel bei der Produktion israelischer Drohnen für die russischen Streitkräfte. Das Projekt wurde aber im Zuge der Ukraine-Krise eingestellt. Dies zeigt, dass es im sicherheitspolitisch sensiblen Bereich nach wie vor enge Grenzen für eine Kooperation gibt. Dies gilt umso mehr angesichts der intensiven sicherheitspolitischen Partnerschaft Israels mit den USA.

Wenngleich beide Staaten ihre bilateralen Handelsbeziehungen ausgebaut haben, besitzt der ökonomische Pfeiler der Annäherung zwischen Russland und Israel keine

strategische Bedeutung. In einzelnen Branchen besteht zwar Entwicklungspotential, wodurch, wenn es ausgeschöpft würde, Israel zu einem Modernisierungspartner Russlands werden könnte. Einem solchen Szenario stehen aber strukturelle Defizite auf Seiten der russischen Wirtschaft – Innovationsschwäche, mangelnde Rechtssicherheit, starke Abhängigkeit von (halb)staatlichen Akteuren – und israelische Sicherheitsbedenken entgegen, die sich vor allem auf den Energie- und Rüstungssektor richten.

Der Syrien-Konflikt als Stresstest

Mit der Militärintervention in Syrien im September 2015 ist Russlands Nahostpolitik allgemein und Moskaus Verhältnis zu Israel im Speziellen in eine neue Phase getreten. Die Beziehungen zu Israel erfordern nun einen größeren Abstimmungsbedarf und zeichnen sich gleichzeitig durch eine höhere Fragilität aus. Die Konfliktdynamik in Syrien und die damit verbundenen regionalen Sicherheits- und Ordnungsfragen stellen einen Stresstest für die Belastbarkeit des russisch-israelischen Verhältnisses dar.

De-Conflicting

Durch Russlands Syrien-Intervention entstand für beide Seiten der Bedarf, mittels funktionierender Kommunikationskanäle und verlässlicher Absprachen die Gefahr eines unbeabsichtigten militärischen Zusammenstoßes zu vermeiden. Zu diesem Zweck wurde im Herbst 2015 ein »De-Conflicting«-Mechanismus zwischen den Streitkräften beider Länder [eingerichtet](#). Er ist eingebettet in ein Format hochfrequenter und hochrangiger Gespräche zwischen dem russischen Präsidenten und dem israelischen Premierminister sowie zwischen den Verteidigungsministern und Geheimdienstchefs beider Länder. Der De-Conflicting-Mechanismus erlaubte es Israel fortan, Luftschläge auf Stellungen und Transporte der Hisbolah auszuführen, ohne dass die russische Luftabwehr eingriff. Entscheidend für Moskaus Zustimmung zu diesem Arrangement

war die Zusicherung der israelischen Führung, dass es ihr nicht um die Bekämpfung Assads, sondern um die Abwehr von Bedrohungen durch pro-iranische Kräfte gehe. Im Gegensatz zum russisch-türkischen Verhältnis, das durch den Abschuss eines russischen Kampffjets im November 2015 in eine tiefe Krise geraten war, blieben die russisch-israelischen Beziehungen daher während der militärischen Aktivitäten beider Länder in Syrien lange Zeit unbelastet. Im Zuge der Konflikttransformation geriet der De-Conflicting-Mechanismus jedoch unter Druck. Mit der Rückeroberung weiter Teile Syriens durch Assad und seine Verbündeten veränderten sich die Bedrohungswahrnehmung und Strategie Israels. Die Regierung Netanjahu sorgt sich nun, dass Teheran eine permanente militärische Präsenz in Syrien etabliert, vor allem an der südlichen Grenze zu Israel. Um dies zu verhindern, ging Israel von einer [Politik der Eindämmung](#) pro-iranischer Kräfte durch punktuelle Luftschläge zu einer [militärischen Zurückdrängung](#) dieser Einheiten aus Syrien über und weitete seine Luftschläge auf syrischem Gebiet seit Februar 2018 deutlich aus. Die israelische Armee nahm dabei auch Stellungen ins Visier, die für Russlands Militäroperation von Bedeutung sind. So beschoss die israelische Luftwaffe im Februar 2018 – nach einem Drohnenangriff auf israelisches Gebiet durch vermutlich pro-iranische Kräfte und dem Abschuss eines israelischen Kampffjets durch die syrische Luftwaffe – eine Basis in Syrien (T4), auf der auch russische Soldaten als Militärberater tätig sind. Damit geriet das bisherige informelle Arrangement mit Russland in die Krise. Die russische Militärführung kritisierte das israelische Vorgehen scharf und brachte als Gegenmaßnahme gar die Lieferung von S-300-Luftabwehrsystemen an die syrische Armee ins Spiel. Damit hätte Russland seine lange verfolgte Linie aufgegeben, bei Rüstungslieferungen an Syrien essentielle Positionen Israels zu beachten.

Die Krise konnte erst durch ein persönliches Treffen zwischen Putin und Netanjahu im Mai 2018 in Moskau entschärft werden. In dessen Folge nahm Russland nicht nur

die Androhung zurück, die syrische Armee mit S-300-Raketen auszustatten; von größerer Bedeutung ist, dass Moskau seitdem die verschärfte israelische Strategie gegen pro-iranische Kräfte in Syrien toleriert. Putin und Netanjahu scheinen sich darauf verständigt zu haben, dass Moskau die israelischen Militärschläge gegen Stellungen pro-iranischer Kombattanten nicht nur an der südlichen Grenze Syriens, sondern auch im Landesinneren duldet. So verzichtete die russische Führung auf Kritik an den israelischen Luftschlägen auf syrischem Gebiet, die einen Tag nach Netanjahus Moskau-Besuch stattfanden und die heftigsten seit 1973 waren. Und im Gegenzug äußerte Israel keine Einwände gegen die Militäroffensive Russlands in der südlichen Deeskalationszone. Darüber hinaus demonstrierte Putin Verständnis für die israelische Forderung nach einem Rückzug iranischer Kräfte aus Syrien. Hatte Außenminister Sergej Lawrow die Präsenz iranischer Kämpfer dort im November 2017 noch als legitim bezeichnet, forderte Putin auf einem [Treffen mit Assad](#) am 17. Mai 2018, dass sich alle ausländischen Kräfte »nach dem Beginn des politischen Prozesses« aus Syrien zurückziehen sollten – mit Ausnahme Russlands, das auf Einladung der syrischen Regierung im Land sei. Beide Entwicklungen zusammen deuten auf eine partielle Neujustierung der russischen Syrien-Politik hin, der zufolge Russland stärker als bisher bereit ist, israelische Sicherheitsinteressen zu berücksichtigen. Dahinter steht das prioritäre Interesse der russischen Führung, den eigenen Militäreinsatz in Syrien abzusichern. Im Falle einer militärischen Eskalation könnten die Streitkräfte Israels die militärische Lage für Russland in Syrien deutlich erschweren. Darüber hinaus erwartet Moskau von Israel ein Entgegenkommen, wenn es um die Ausgestaltung der politischen Ordnung Syriens geht.

Der Faktor Iran

Auf Seiten Russlands steht hinter der stillschweigenden Akzeptanz israelischer Luftschläge und der veränderten Rhetorik

gegenüber der iranischen Militärpräsenz auch die Sorge, dass Washington seine bislang gewährte Zurückhaltung aufgeben könnte, wenn der israelisch-iranische Konflikt in Syrien eskaliert. Ein größeres bewaffnetes Engagement der USA könnte die bisher erreichten militärischen und politischen Erfolge Russlands stark gefährden.

In der Annäherung an Israel spiegelt sich darüber hinaus auch die wachsende Konkurrenz zwischen Russland und dem Iran in Syrien wider. Je stärker Assads seine Macht wieder festigt, desto mehr geht es um die Ausgestaltung der zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Ordnung in Syrien. In diesem Prozess entwickeln sich Moskau und Teheran zunehmend zu Rivalen um ökonomische Vorteile und politischen Einfluss. Zugleich bleiben beide Seiten militärisch aufeinander angewiesen. Da der russische Militäreinsatz vor allem auf die Luftwaffe unter nur geringer Beteiligung von Bodenkraften (Spezialkräfte, tschetschenische Militärpolizei und Söldner) begrenzt ist, kann eine Stabilisierung der Herrschaft Assads nur mit Hilfe der pro-iranischen Kräfte am Boden gelingen. Der Zustand der syrischen Armee bietet wenig Grund zu der Annahme, dass diese die bisher von pro-iranischen Kräften übernommenen militärischen Aufgaben bald selbst erfüllen könnte. Eine nachhaltige Schwächung der von Teheran unterstützten Gruppierungen würde daher zwangsläufig ein größeres militärisches Engagement Russlands erfordern, das Präsident Putin jedoch vor allem aus innenpolitischen Gründen nicht willkommen wäre.

Vor diesem Hintergrund kann Moskau weder an einer massiven Schwächung Irans in Syrien interessiert sein, noch könnte es diese erzwingen. Zwar scheint Russland durchaus bereit, mäßigend auf Teheran und die Hisbollah einzuwirken, um eine Pufferzone im Süden Syriens zu etablieren; so erklärte Außenminister Sergej Lawrow im Juli 2018, dass in der Grenzregion zu Israel und Jordanien keine anderen Kräfte als die syrische Armee aktiv sein sollten. Nach Medienberichten bot Lawrow der israelischen Führung an, dass iranische Kämpfer

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2018
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autorinnen wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuelle werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

SWP-Aktuell 45
August 2018

und pro-iranische Kräfte sich aus einer [100-Kilometer-Zone](#) zur Grenze zu Israel zurückziehen. Es ist jedoch unklar, ob Moskau eine solche Pufferzone garantieren könnte; [die israelische Seite lehnte den Vorschlag bereits als unzureichend ab](#). Zudem teilt Russland nicht das Interesse Israels an einer kompletten Verdrängung Teherans aus Syrien und/oder einer massiven Schwächung des iranischen Einflusses im Nahen Osten. Moskaus Rückkehr in die Region speist sich schließlich aus seiner Fähigkeit, gute Beziehungen zu allen Akteuren aufrechtzuerhalten, vor allem auch zu solchen, die miteinander verfeindet sind. Denn genau aus dieser Position des von allen Umworbenen kann Russland zur wichtigsten »Go-to-Power« der Region aufsteigen. Dazu muss es Einflusshebel gegenüber beiden Kontrahenten besitzen. Es ist genau diese realpolitische Logik, die gegen eine grundlegende Neuausrichtung der russischen Israelpolitik im Sinne einer einseitigen Positionierung spricht.

Selektive Kooperation mit klaren Grenzen

Russlands Annäherung an Israel ist kein Schritt in Richtung einer strategischen Partnerschaft, die auf einer stabilen Basis gemeinsamer Ziele und gegenseitigen Vertrauens beruht. Vielmehr handelt es sich um eine pragmatische, interessenbasierte und selektive Kooperation. Treiber dieser Annäherung sind der Syrien-Konflikt und andere Entwicklungen im Nahen Osten. Demgegenüber besitzen die speziellen gesellschaftlichen und ökonomischen Verbindungen zwischen Russland und Israel nur wenig Wirkkraft. Im Fall eines sicherheitspolitischen Konflikts – zum Beispiel über Syrien und/oder den Iran – wären sie nicht in der Lage, eine Verschlechterung des russisch-israelischen Verhältnisses abzufangen.

Die Grenzen der russischen Annäherung an Israel sind deutlich sichtbar. Sie liegen in der unberechenbaren Konfliktodynamik in Syrien und den divergierenden Interessen hinsichtlich der Rolle des Irans und der

USA in der Region. Gelingt es Moskau, israelischen Sicherheitsbedürfnissen effektiv zu entsprechen, indem es die pro-iranischen Kräfte im Süden Syriens nachhaltig zurückdrängt, könnten die russisch-israelischen Beziehungen an Erwartungsverlässlichkeit gewinnen. Zugleich wäre über diesen Weg eine – wenngleich noch recht beschränkte – Entspannung im russisch-amerikanischen Verhältnis vorstellbar. Scheitert die Idee einer Pufferzone und ginge Israel, eventuell begleitet von einem stärkeren amerikanischen Militäringagement, dazu über, pro-iranische Kräfte in ganz Syrien massiv zu bekämpfen, könnte sich das russisch-israelische Verhältnis jedoch schnell abkühlen. Schließlich wäre dann das russische Kerninteresse in der Region – die Bewahrung der bislang erzielten militärischen und politischen Erfolge in Syrien und im Nahen Osten – bedroht.

Die Handlungsoptionen Deutschlands und der EU sind begrenzt. Einerseits haben Russland auf der einen und Deutschland und die EU auf der anderen Seite durchaus gemeinsame Interessen. Beiden ist daran gelegen, eine militärische Eskalation des israelisch-iranischen Konflikts zu vermeiden. Aufgrund seiner militärischen Präsenz vor Ort und seiner etablierten Gesprächskanäle sowohl zur israelischen Führung als auch zur Hisbollah und nach Teheran ist Russland momentan derjenige Akteur, der am ehesten in der Lage ist, eine Eskalation des Konflikts abzuwenden. Zu einem koordinierten Handeln mit Russland zu gelangen, dürfte Deutschland und der EU angesichts des in der Ukraine-Krise beschädigten gegenseitigen Vertrauens und der unterschiedlichen Interessen in Bezug auf die künftige Ordnung Syriens schwerfallen. Dazu kommt, dass für Russland Deutschland und die EU nicht die präferierten Partner darstellen; seine besondere Position in Syrien und im Nahen Osten und auch den direkten Draht zu Israel scheint Moskau lieber für eine mögliche Annäherung an die Trump-Administration nutzen zu wollen, wie sich beim Gipfeltreffen zwischen Putin und Trump am 16. Juli 2018 in Helsinki gezeigt hat.

*Lidia Averbukh ist Wissenschaftlerin im Projekt »Israel in einem konfliktreichen regionalen und globalen Umfeld: Innere Entwicklungen, Sicherheitspolitik und Außenbeziehungen«. Das Projekt ist in der SWP-Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika angesiedelt und wird vom Auswärtigen Amt gefördert.
Dr. Margarete Klein ist stellvertretende Leiterin der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien*